

Ablehnung des Mißtrauensvotums.

Sitzung des Reichstags vom 8. Oktober.
(Fortsetzung.)

Abg. Haase (U. Soz.), dessen Rede wir z. T. schon auszugswiese wiedergegeben haben, erklärt: Der Staatssekretär des Reichsmarineministeriums hat eine Reihe aufsehenerregender Mitteilungen gemacht. Unsere politische Tätigkeit irgendwie im Dunkel zu lassen, haben wir keinen Anlaß. Ich will alles offen klarlegen und stelle fest, daß tatsächlich der Matrose, von dem er gesprochen hat, mit mir im Fraktionszimmer eine Unterredung hatte. Unrichtig ist aber, daß der Matrose mir einen solchen Plan vorgebracht hat, wie ihn Herr von Capelle erwähnte. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ich ersuche den Staatssekretär, für seine entgegengesetzten Behauptungen den Beweis zu erbringen, erkläre aber schon jetzt, daß er keine Beweise hat, weil es keine Beweise dafür gibt. (Hört! Hört! bei den Soz.) Zur vollen Aufklärung des Sachverhaltes erkläre ich noch folgendes: Häufiger haben wir Matrosen oder Angehörige des Landheeres allerlei Beschwerden vorgebracht. Wie alle Mitglieder des Reichstages empfangen ich diese Besuche in der Wandelhalle, in den Besprechungszimmern oder im Fraktionszimmer. Welche Bedeutung der Bemerkung des Staatssekretärs zukommen soll, der Matrose hätte mich im Fraktionszimmer gesprochen, kann ich daher nicht einsehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also im Sommer dieses Jahres hat mich der erwähnte Matrose hier aufgesucht und mir bittere Klagen geäußert über die Zustände, unter denen er und seine Kollegen litten. Er hat mir berichtet von der starken Unzufriedenheit und der großen Enttäuschung unter den Matrosen und hat dabei folgendes erzählt: Die Matrosen, namentlich die, die schon lange Zeit Dienst taten, litten an dem Mangel an geistiger Anregung, hätten jetzt aber in großer Zahl die Presse der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei bestellt, die ihnen Anregung gebe. Ihr Plan sei, sich weiter fortzubilden und in Zusammenhängen am Lande politische Unterhaltungen zu pflegen. Zu diesem Zwecke wäre es ihm erwünscht, Literatur zu haben. Obwohl diese Unterhaltungen am Lande gesetzlich erlaubt sind und eine Aufklärungsarbeit ja sogar amtlich mit Hochdruck gegenwärtig betrieben wird, habe ich den Matrosen wegen der Bedingtheit, unter denen wir leben, zur Vorsicht gemahnt und gewarnt. Ich weise daher die entgegengesetzten Behauptungen des Staatssekretärs entschieden zurück. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem Ansehen dieses Matrosen, der den Eindruck eines frischen jungen Mannes mit hohen Gedanken machte, bin ich es schuldig, zu sagen, daß ich, obwohl ich sonst gar keine Beziehungen zu ihm hatte, aufs tiefste erschüttert war, als ich hörte, daß er wegen seiner politischen Ideale den Tod hat erleiden müssen. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Der Staatssekretär sprach von der Einwirkung der russischen Revolution auf die Matrosen. Nicht nur meine Partei, sondern die sozialdemokratischen Parteien aller Richtungen haben die russische Revolution mit Begeisterung begrüßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist nur zu begreifen, daß dieses größte Ereignis des Jahrhunderts auf alle nach Freiheit lebenden Männer einen tiefen Eindruck machen muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber der Zweck der Ausführungen des Staatssekretärs liegt klar zutage. Nach der Praxis der Behörden gegen meine Partei und nach den gestrigen Erklärungen des Kanzlers habe ich nichts anderes erwartet, als daß die Herren jetzt das rote Tuch schwenken zu müssen glauben, um die anderen Parteien zur Unterstützung der unglücklichen Regierungspolitik, die uns ins Verderben gebracht hat und uns immer tiefer in das Verderben bringen muß, zu einem festen Block zusammenzuschließen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Erklärung des Kanzlers von heute, in der er uns außerhalb des Gesetzes stellt, hat mich nicht überrascht. Vom ersten Tage an habe ich das erwartet und am 4. August unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung darauf hingewiesen, daß eine solche Erklärung kommen würde. Der Reichskanzler beweist damit nur, daß ihm und allen Anhängern seiner Politik das Wasser bis an die Kehle steht. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) In einem solchen Augenblick, wo sie nicht wissen, wie sie aus all dem Elend herauskommen, schlagen sie los auf Männer, die diese Kriegspolitik von Anfang an bekämpft und das Unheil vorausgesagt haben. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Die Äußerung des Reichskanzlers klingen uns nicht neu, wir kennen sie seit der Zeit des ewigen Buttkamer. Aber wie Buttkamer und noch ein Döbberer, flücht Bismarck, Schiffbruch mit ihrer Politik gelitten haben, so Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, wird es nicht lange dauern, und Sie werden sehen, daß diese Politik in Trümmern liegt und daß die Gedanken, für die wir kämpfen, immer mehr Anhänger werden, nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern, in denen Kulturmenschen leben. (Beifall und Hände klatschen bei den U. Soz. — Unruhe.)

Abg. Bogtherr (U. Soz.): Auch ich habe mit dem betreffenden Matrosen verhandelt und auch wiederholt mit ihm über die Verhältnisse seines Schiffes und der Marine gesprochen. Das ist das Recht der betreffenden Soldaten, das ist aber auch das Recht der Abgeordneten und sogar ihre Pflicht und Schuldigkeit, sich solcher Klagen anzunehmen. Wenn die Soldaten Vertrauen zu der Regierung hätten, dann würden sie nicht zu uns kommen. Herr von Capelle hat dann auf sein Material verwiesen. Man sucht damit gegen uns Stimmung zu erregen, weil man nicht die Möglichkeit oder nicht den Mut hat, mit diesem Material herauszukommen. Der oberflächliche Hörer mußte aus den Äußerungen des Staatssekretärs entnehmen, als ob aus unserem Material der Plan zur Rahmlegung der Flotte hervorgegangen ist. Man weise uns eine einzige Schrift oder einen einzigen Satz aus einer Schrift nach, der darauf Bezug haben kann. Unser Material kann jeder erhalten. Wir kämpfen gegen den verruchten Belagerungsstand, unter dem wir schmachten, weil er uns einer freien Presse beraubt und unsere Anhänger hindert, sich politisch zu orientieren. Der Staatssekretär hat in einer dilettantenhaften Art (Vizepräsident Dr. Paasche rügt den Ausdruck) versucht, gegen uns zu wirken und Verdächtigungen auszusprechen. Das ist nur eine unzureichende Fortsetzung der Politik des Reichskanzlers. Dieser erklärte, der Abg. Dittmann sei der Letzte, der von Agitation reden dürfe. Herr Reichskanzler, wir sind in keiner Beamtenkategorie. Hier hat jeder das Recht, zu sprechen, auch diejenigen, die dem Reichskanzler nicht genehm sind. Hinter uns stehen Hunderttausende von Männern und Frauen, auch von denen, die draußen ihre Brust sozusagen fürs Vaterland den Gegnern darbieten. (Unruhe recht und Jurufe: Sozusagen?) Die Politik des Reichskanzlers muß vollständig banalisiert werden.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Auch mich haben Matrosen und Soldaten in großer Zahl aufgesucht und ihre Beschwerden vorgebracht. Ich habe ihnen Fingerzeige gegeben, wie sie diese Beschwerden weiter anbringen können. Ich habe sie aber auch auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihnen unter Umständen drohen, wenn sie ihrem gerechten Unwillen die Fingel schiefen lassen. Ich lasse mir das Recht nicht verkümmern, die Interessen aller wahrzunehmen, die Beschwerden vorzubringen haben. Die Verfolgungen richten sich nicht nur gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Anhänger der Reichstagspartei. Wenn das wahr wäre, was Herr von Capelle hier ange-

deutet hat, warum ist dann nicht öffentliche Anklage gegen uns erhoben worden? Das beweist, daß Herr von Capelle selbst weiß, auf wie schwachen Füßen seine ganze Anklage steht. (Sehr gut! bei den Soz.)

Staatssekretär v. Capelle:

Auf die ersten Ausführungen des Abg. Dittmann blieb mir nichts anderes übrig, als die Sache so klarzustellen, wie sie sich bei den gerichtlichen Verhandlungen herausgestellt hat. Der Abg. Bogtherr hat aber eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die sich mit meiner Rede nicht decken, und hat die Sache so dargestellt, als ob ich gesagt hätte, die Unabhängigen Sozialisten hätten ge-

Deutschland muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürrisch werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h!“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Zungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

wässermaßen die Pläne ausgehebt und den Matrosen impudiert. Davon habe ich nichts gesagt. (Beifall und Widerspruch bei den U. Soz. — Der Staatssekretär verliest die betreffenden Stellen aus dem Stenogramm): „Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeknüpft haben.“ (Hört, hört! Unruhe bei den U. Soz.) Ich habe dann auf die altentworfene Festsitzung verwiesen, daß ein Matrose im Fraktionszimmer den Abgeordneten seine Pläne vorgetragen und dort Billigung gefunden habe. (Unruhe bei den U. Soz.) Die Abgeordneten haben zur größten Vorsicht gemahnt. Ein mir vorliegender Auszug aus den altentworfene Verhandlungen erbringt den vollen Beweis für das, was ich altentworfene vorgetragen habe. (Hört, hört! rechts, lebhafter Widerspruch und großer Lärm bei den U. Soz. — Vizepräsident Paasche: Der Herr Staatssekretär hat jetzt das Wort.) Ich will Ihnen nur eine Vernehmung verlesen. Einer der Hauptangeklagten sagte aus: (Zuruf bei den U. Soz.: Wie heißt der? Unruhe links. — Vizepräsident Paasche: Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.)

„Auch ich persönlich habe den Abgeordneten Dittmann im Hause aufgesucht, nachdem Reichnig bei ihm gewesen war. Ich habe mich ihm gegenüber dadurch legitimiert, daß ich auf Reichnig hinwies und sagte, daß ich in derselben Angelegenheit käme. Er zeigte sich unterrichtet und erzählte und sagte, wir möchten so weitermachen, aber große Vorsicht üben.“ (Beifalliges Hört, hört! rechts, große Unruhe bei den U. Soz.)

Er ist nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine Art Parteikonferenz stattgefunden, an der die Herren Dittmann, Bogtherr und Haase teilgenommen haben. Reichnig hat den Plan der Organisation den Anwesenden mitgeteilt, die nach seiner Mitteilung ganz begeistert gewesen wären. (Hört, hört! rechts; große Unruhe bei den U. Soz. Zuruf des Abg. Haase: Das sagt jemand, der nie dabei gewesen ist!) Dem Reichnig gegenüber wurde gesagt, daß diese Organisation verboten und eine strafbare Handlung wäre. Es wäre gewagt, er solle sich sehr vornehmen. Was an ihnen liege, so würden sie seine Agitation, insbesondere durch Broschüren und sonstige Blätter unterstützen. (Zuruf des Abg. Haase: Der war nicht dabei!) Ferner erscheint der Beschuldigte Reichnig in dieser Sache als Zeuge und erklärt auf Befragen:

„Ich gebe jetzt auch zu, nicht nur mit dem Abgeordneten Dittmann in dessen Büro, sondern auch im Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Partei des Reichstages mit den Abg. Haase, Dittmann und Bogtherr zusammen gewesen zu sein. Was im einzelnen verhandelt worden ist, will ich mir überlegen. Ich bitte, mich am Nachmittag vorführen zu lassen.“

Am Nachmittag hat er erklärt: „Soweit diese Aussagen sich auf mich beziehen, sind sie richtig, das soll heißen: ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern es hat sich so auch zugetragen.“ (Zuruf des Abg. Rupp (D. F.): Hören Sie, Herr Haase! Große Unruhe und Lärm bei den U. Soz., wiederholte lärmende Zurufe bei den U. Soz., namentlich des Abg. Lebebour. Vizepräsident Paasche muß wiederholt zur Ruhe mahnen.)

Capelles Anschuldigungen.

Abg. Trimborn (Str.): Wir begrüßen es mit Freuden, daß der Reichskanzler sich heute klipp und klar auf den Boden der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli gestellt hat. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den U. Soz.) Zu den Ausführungen des Staatssekretärs von Capelle geben wir folgende Erklärung ab: Es erscheint uns recht bedenklich und nicht anständig, die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten in ihrer Gesamtheit ohne weiteres mit Anschuldigungen in Zusammenhang zu bringen, die gegen drei Abgeordnete erhoben sind. Wir müssen annehmen, daß der Staatssekretär des Reichsmarineministeriums, als er diese Anschuldigungen erhob, sich auf hinreichend schlüssiges Material stützen konnte. Wenn das nicht der Fall wäre, so hätte er diese Anschuldigungen nicht erheben können und dürfen. (Sehr richtig!) Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß, wenn sich die drei genannten Abgeordneten gegen die Gesetze verhalten haben, insbesondere wenn sie Handlungen begangen haben sollten, die Hoch- und Landesverrat bedeuten, mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wir halten es für selbstverständlich, daß alle Verberühmtheit, die sich in der Richtung der erwähnten Gesetzeswidrigkeiten bewegt, mit der größten Strenge unterdrückt und daß sie von der gesamten Marine und dem ganzen Heer ferngehalten wird. (Beifalliger Beifall.)

Abg. Kretsch (konf.): Wenn den drei Abgeordneten an der völligen Klarstellung liegt, so sollten sie auf ihre Immunität verzichten, damit die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden kann. (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wenn sich dann die Anschuldigungen als wahr herausstellen sollten, dann ist kein Wort der deutschen Sprache hart genug, um ein solches Verhalten zu brandmarken. Die Reichstagsmehrheit wollte den Posten des Vizekanzlers streichen, um den Staatssekretär helfferrisch zu beseitigen. Wir wollten nicht, daß diese Sache dazu ausgenützt werde, um den Kaiser in dem verfassungsmäßigen Rechte, die geeigneten Männer an die Spitze der Regierung zu stellen, zu beschränken. Die Ausschüßerhandlungen haben nicht dazu beigetragen, die Beratungen hier im Hause abzukürzen. Das zeigt ein Blick auf die Uhr. Daß die Krisensituation noch nicht völlig geschwunden ist, lehrt der heutige „Vorwärts“. Graf Westarp hat mit seiner Behauptung recht behalten, daß im Ausschüß die Verhandlungen über den Nachtragsetat nicht die Hauptsache sein würden, er allein hat dort von dem Nachtragsetat gesprochen. (Sehr gut! rechts.) Jedes deutsche Empfinden wird von der Dinte als alldeutsch stigmatisiert. Wir sind ihr dafür dankbar. In der Gabern-Affäre hat das „Berliner Tageblatt“ ein Material gesammelt, das jedenfalls nicht geeignet war, uns die Sympathien im Ausland zu erwerben. Sie können die Artikel heute noch nachlesen. Die Regierung hat dagegen nichts gesagt, aber es ist nie eine Gelegenheit veräumt worden, die Alldeutschen von den Reichstagen der Regierung abzuschütteln. Wer im deutschen Volke will den Frieden nicht? Es kommt nur darauf an, was es für ein Frieden sein soll. Jeder denkt sich etwas anderes. Der Abgeordnete Landsberg hat gesagt: Wir wissen, daß der Krieg ein Maß übermenschlicher Arbeit hinterlassen muß. Ganz richtig, aber es ist bei einem Frieden, wie der Abg. Landsberg sich ihn denkt, eine Arbeit ohne Hoffen. Nach dem Kriege wird in der ganzen Welt eine Lebensmittelpenurie herrschen. Wenn wir dann die besetzten Gebiete auf einmal räumen, strömen Millionen von Menschen nach Deutschland zurück, so daß die Lebensmittelpenurie noch viel knapper als bisher wird. Was haben Sie denn mit Ihren bisherigen Friedensreden erreicht? Nichts hat den Siegenwillen der Gegner so gestärkt als die Tatsache, daß wir den Frieden wie sauer Bier angeboten haben. Die Engländer und Franzosen werden erst dann zum Frieden geneigt sein, wenn sie nicht mehr weiter können. Im Geschäftsleben ist es doch nicht üblich, daß jemand, der unbedingt etwas kaufen oder verkaufen will, von vornherein seinen äußersten Preis nennt. Es ist doch merkwürdig, daß gerade die gewiß nicht geschäftsuntüchtigen Herren vom „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“ gerade diese Ansicht vertreten. Jeder Friede ist ein Geschäft. (Zuruf des Abg. Dr. Raumann: Verständigungsgrübel!) Jede Verständigung ist auch ein Geschäft, daher ist eigentlich Verständigungsgrübel ein Wort, dem jeder Sinn fehlt. Die Friedensverhandlungen werden unseren Unterhändlern nicht erleichtert, wenn sie von vornherein mit gebundener Marschkolonne marschieren müssen. (Bravol rechts.)

Mißtrauen gegenüber der Regierung.

Abg. Ebert (Soz.): Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineministeriums haben gegen Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten und gegen die Partei selbst die schwersten Anklagen erhoben. Der Reichskanzler ist sogar so weit gegangen, die weitestgehenden politischen Folgerungen gegenüber dieser Partei zu ziehen. Wenn die Reichstagsmehrheit diesen Schritt glaubte unternehmen zu müssen, dann hätte sie zunächst einmal die vollständige innen- und außenpolitische Wirkung eines solchen Vorgehens beurteilen sollen. (Sehr richtig! links.) Wenn man den Gedanken hegte, mit einer solchen Anklage hierherzukommen zu können, dann dürfte man es nur tun, wenn völlig einwandfreie und in sich selbst schlüssige Beweismaterial vorlag. (Sehr richtig! links.) Aber selbst dann hätte dieses Vorgehen noch zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Regierung glaubte, daß einzelne Abgeordnete sich gegen die Strafgesetze verhalten haben, so gibt es für die Einleitung eines Verfahrens einen vorgeschriebenen Weg. Es ist aber ganz unangehörig, hier vor aller Öffentlichkeit plötzlich eine solche Anklage zu erheben, und wir müssen dieses Vorgehen entschieden verurteilen. (Bravol links.) Sachlich haben wir zu erklären, daß die vorgelegten Anklagen uns nicht jenseitig befriedigen. Daß Soldaten mit Abgeordneten verhandeln, ist eine alltägliche Erscheinung. Dieses Recht lassen wir uns von niemand streitig machen. (Beifall links und im Zentrum.) Durch das mitgeteilte Material wird weiter nichts bewiesen, als daß die Unabhängigen Sozialisten in der Marine für ihre Anschuldigungen gemordet haben. Jede Partei sucht für ihre Ziele im deutschen Volke zu wirken, und wir haben ja in den letzten Tagen festgestellt können, daß im Heer und in der Marine unter den Augen der Regierung eine ganz wilde Verberühmtheit getrieben worden ist. (Zuruf im Zentrum: Sogar mit Reichsgeldern!) Diese Verberühmtheit richtete sich gegen die Reichstagsmehrheit und gegen die übergrößen Mehrheit unseres Volkes. (Zuruf im Zentrum: Und gegen die Regierung!) Wenn die Regierung selbst auf diese Weise Politik in das Meer hinstreut, darf sie sich nicht beschweren, wenn andere